Rückgang im Geschäftsklima: Bauwirtschaft in Baden-Württemberg alarmiert

Der Geschäftsklimaindex der Bauwirtschaft sinkt erneut. Der Verband fordert dringende Maßnahmen gegen den Wohnungsbau-Abwärtstrend.

Die Herausforderungen im Wohnungsbau: Ein Weckruf für die Politik

Die aktuelle Situation im Bauhauptgewerbe macht deutlich, dass die Branche vor enormen Herausforderungen steht. Der Geschäftsklimaindex, der monatlich vom Münchner ifo Institut erhoben wird, zeigt für Juli 2024 einen erneuten Rückgang an. Dies ist besonders besorgniserregend, da mittlerweile 36 % der befragten Bauunternehmen einen Mangel an Aufträgen melden. Das zieht nicht nur wirtschaftliche Konsequenzen nach sich, sondern beleuchtet auch die drängenden sozialen Probleme im Wohnungsbau.

Soziale Auswirkungen der Baukrise

Die Auswirkungen der aktuellen Baukrise sind in Baden-Württemberg, einem der wichtigsten Wirtschaftsstandorte Deutschlands, besonders deutlich zu spüren. Mit einem Rückgang der Umsätze um 5,1 % im Vergleich zum Vorjahr von Januar bis Mai 2024 steht die Branche unter Druck. Noch alarmierender ist der Bereich des Wohnungsbaus: Hier verzeichnete man einen Umsatzrückgang von 14,3 %, während die Auftragseingänge um 7,4 % sanken. Diese Zahlen sind nicht nur für Unternehmen besorgniserregend, sondern haben auch

Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft.

Politische Forderungen zur Stärkung der Bauwirtschaft

Thomas Möller, Hauptgeschäftsführer der Bauwirtschaft Baden-Württemberg, warnt eindringlich davor, dass die Situation sich weiter verschärfen könnte, wenn nicht entschiedene Maßnahmen ergriffen werden. „Die Politik muss die Wohnraumversorgung als zentrale Zukunftsaufgabe erkennen,“ fordert er. Die Wohnbaugenehmigungen sind in den ersten fünf Monaten um 33 % eingebrochen, was auf einen tiefen Vertrauensverlust in die Branche hinweist. Möller appelliert an die Landesregierung, die Grunderwerbsteuer auf 3,5 % zu senken und die Mittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich zu erhöhen.

Die Verantwortung der Landesregierung

Die von der Landesregierung geplante Novellierung der Landesbauordnung wird zwar positiv wahrgenommen, reicht jedoch nach Möllers Einschätzung nicht aus, um die Bautätigkeit wirklich zu beleben. „Wir müssen bürokratische Hemmnisse beim Bauen umfassend reduzieren“ – das ist ein weiteres wichtiges Anliegen, das in den politischen Diskurs eingeführt werden sollte.

Schlussfolgerung: Ein Appell an alle Akteure

Die derzeitige Situation zeigt, dass die Probleme im Bauwesen nicht nur wirtschaftlicher Natur sind, sondern auch erhebliche soziale Folgen nach sich ziehen können. Es ist essenziell, dass sowohl die Bauwirtschaft als auch die Politik sich zusammenraufen, um dringend benötigten Wohnraum zu schaffen und den Abwärtstrend aufzuhalten. „Nur durch einen Kraftakt kann das Ruder im Wohnungsbau noch herumgerissen

werden, bevor sich der Wohnraummangel weiter zu einem sozialen Sprengstoff entwickelt“, so Möller. Das fordert nicht nur Zeit, sondern auch Entschlossenheit von allen Beteiligten.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de